

Auch die Obama-Administration setzt die illegale Festnahme und Verschleppung von "Terrorverdächtigen" fort – mit kräftiger Unterstützung europäischer Geheimdienste!

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 010/13 – 17.01.13

Die Obama-Administration lässt immer noch "Terrorverdächtige" verschleppen

Von Craig Whitlock, Washington Post
STARS AND STRIPES, 02.01.13

(<http://www.stripes.com/news/africa/rendition-gets-ongoing-embrace-from-obama-administration-1.202599>)

Die drei aus Europa kommenden Männer somalischer Herkunft wurden unter einem durchsichtigen Vorwand festgehalten, als sie im August durch den kleinen afrikanischen Staat Dschibuti reisten. Der Grund für ihre Festnahme wurde ihnen schnell klar, als sie in ihren Gefängniszellen mehrfach von US-Amerikanern verhört wurden.

Die US-Agenten beschuldigten die Männer – zwei schwedische und einen langjährigen britischen Staatsbürger – Al-Shabaab zu unterstützen; das ist eine islamistische Miliz in Somalia, die von Washington zur Terrororganisation erklärt wurde (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_%28Somalia%29). Zwei Monate ihrer nach Festnahme wurde vor einem Bundesgericht in New York Anklage gegen die Gefangenen erhoben; danach wurden sie (ohne Auslieferungsverfahren) dem FBI übergeben, in die USA geflogen und dort vor Gericht gestellt.



Kartenausschnitt entnommen aus
<http://maps.google.de/maps>

Die geheimgehaltene Festnahme und die Inhaftierung kamen am 21. Dezember (2012) ans Licht, als die Verdächtigen ganz kurz in einem Gerichtssaal in Brooklyn vorgeführt wurden.

Diese Männer sind das jüngste Beispiel dafür, dass die Obama-Administration die Praxis der "Renditions" – das Festhalten und Verhören von Terrorverdächtigen im Ausland ohne richterliche Anordnung (und ihre anschließende Verschleppung) – einfach fortsetzt, obwohl dieses seit den Anschlägen am 11. September 2001 übliche illegale Verfahren in den Jahren danach weltweit scharf verurteilt wurde.

Die "Renditions" finden wieder häufiger statt, weil sich die US-Regierung und der Kongress nicht auf ein legales Verfahren verständigen konnten, das die Festnahme von Terrorverdächtigen im Ausland und ihre Überstellung an ein US-Gericht regelt.

Der Kongress hat das Versprechen des Präsidenten Barack Obama, das Militärgefängnis in der Guantánamo Bay auf Kuba zu schließen, durchkreuzt und in den bereits im vergangenen Monat verabschiedeten Defense Authorization Act (aufzurufen unter <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112hr4310enr/pdf/BILLS-112hr4310enr.pdf>) neue Barrieren gegen das Aburteilen von Al-Qaida-Verdächtigen vor Zivilgerichten eingebaut. Das Weiße Haus

hatte sich bisher der Forderung des Kongresses widersetzt, Verdächtige nur in Militärgefängnissen einsperren und nur von Militärgerichten aburteilen zu lassen.

Kritiker meinen, dass der Konflikt mit dem Kongress und der Mangel an Inhaftierungsmöglichkeiten dazu geführt haben, dass es die Regierung vorzieht, Terrorverdächtige gleich umbringen zu lassen, was zum vermehrten Einsatz von US-Drohnen in Pakistan, im Jemen und in Somalia geführt hat. Die umstrittenen "Renditions" bieten eine der wenigen Alternativen (zur sofortigen Hinrichtung durch Raketen, die von Drohnen abgefeuert werden).

"In gewisser Hinsicht sind die 'Renditions' deshalb noch wichtiger als vorher geworden," äußerte Clara Gutteridge, die Direktorin des in London beheimateten Equal Justice Forum (s. <http://equaljusticeforum.org/>), einer Menschenrechtsgruppe, die das Vorgehen der Sicherheitsbehörden untersucht und die Praxis (der Renditions) verurteilt.

Weil sie unter strenger Geheimhaltung durchgeführt werden, ist nicht bekannt, wie viele "Renditions" während der ersten Amtszeit Obamas stattgefunden haben. Seine Regierung hat diese Praxis aber nie geleugnet. 2009 hat eine vom Weißen Haus eingesetzte Sonderkommission, die das Verhören und den Umgang mit Gefangenen untersuchte, der Regierung empfohlen, die "Renditions" unter strengerer Aufsicht fortzusetzen, um zu verhindern, dass Verdächtige den unter der Bush-Administration üblichen brutalen Verhörmethoden unterzogen werden.

Die US-Regierung hat wenig über die Umstände verlauten lassen, unter denen die drei angeblichen Al-Shabaab-Sympathisanten inhaftiert wurden. Die meisten Gerichtsakten bleiben geheim.

In einer Erklärung des FBI und des Bundesanwaltes für den östlichen Bezirk New Yorks wurde mitgeteilt, die Angeklagten seien Anfang August auf dem Weg in den Jemen von lokalen Behörden festgenommen worden. Es wurde aber nicht gesagt, wo und warum die Festnahme erfolgte.



Camp Lemonnier (entnommen aus <http://www.anti-nato.com/map/base/camp-lemonnier.html>)

Das FBI ließ sich auch nicht darüber aus, ob US-Behörden auch schon vor dem 18. Oktober (2012) mit den Verdächtigen befasst waren; an diesem Tag wurde ihm von einem Bundesgericht die versiegelte Anklage gegen die drei Männer ausgehändigt. Das FBI teilte außerdem mit, die Männer seien am 14. November von FBI-Agenten übernommen worden – aber nicht wo und von wem. Der Sprecher des Bundesanwaltes für den östlichen Bezirk New Yorks reagierte weder auf eine telefonische Anfrage noch auf eine E-Mail

Die Verteidiger der Angeklagten und andere mit dem Fall vertraute Personen sagten aus, die Männer seien in Dschibuti aufgegriffen worden, in einem Staat, der eng mit Washington verbündet ist. Das winzige afrikanische Land beherbergt eine wichtige US-Militärbasis, das Camp Lemonnier, das als Startplatz für Drohnen-Einsätze und andere Operationen zur Terrorbekämpfung dient. Dschibuti arbeitet auch bei "Renditions" schon seit Jahrzehnten mit den USA zusammen.

Das schwedische Außenministerium bestätigte, dass zwei der Männer – Ali Yasin Ahmed, 23, und Mohamed Yusuf, 29 – schwedische Staatsbürger sind und im August (2012) in Dschibuti festgenommen wurden.

Anders Jorle, ein Sprecher des Außenministeriums in Stockholm, sagte, schwedische Diplomaten hätten die Männer in Dschibuti und New York besuchen und ihnen konsularischen Beistand leisten können.

"Das bedeutet nicht, dass die schwedische Regierung von ihrer Schuld oder Unschuld überzeugt ist," betonte Jorle in einem Telefoninterview. "Das müssen US-Gerichte klären."

Rechtsanwälte, die mit der Verteidigung der Angeklagten vor dem Bundesgericht in Brooklyn beauftragt wurden, erklärten, obwohl noch keine Anklage erhoben war, seien die Männer in Dschibuti monatelang verhört worden; das wäre in den USA verboten gewesen.

"Für die Behörden in Dschibuti waren die Männer nur interessant, weil sich die USA für sie interessiert haben," stellte Ephraim Savitt, der Rechtsanwalt Yusufs fest. "Man muss kein Einstein sein, um sich das auszurechnen."

Harry Batchelder Jr., der Rechtsanwalt des dritten Verdächtigen Madhi Hashi, 23, meinte dazu: "Man könnte es auch so sagen, als sie sich in Dschibuti aufhielten, machten sie Bekanntschaft mit freundlichen Agenten des FBI und der CIA, die sich natürlich nicht zu erkennen gaben, und plötzlich standen sie als Staatenlose vor einem US-Gericht." Batchelders Klient ist in Somalia geboren und in Großbritannien aufgewachsen.

Der von den Rechtsanwälten beschriebene Fall passt in das Muster anderer "Renditions", in denen Agenten von US-Geheimdiensten auch andere Verdächtige ohne richterliche Anordnung monatelang verhört und anschließend dem FBI zur Strafverfolgung übergeben haben.

Im Dezember 2011 kam bei der Gerichtsverhandlung gegen einen anderen Al-Shaab-Sympathisanten, den aus Eritrea stammenden Mohamed Ibrahim Ahmed, heraus, dass er in einem Gefängnis in Nigeria von einem "schmutzigen" US-Agententeam verhört worden war, das sein Recht, zu schweigen, ignorierte und ihm den Beistand eines Rechtsanwalts verweigerte.

Später wurde der Eritreer von einem "sauberen" US-Agententeam vernommen, das ihn auf seine Miranda-Rechte (s. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Miranda-Rechte.html>) hinwies und darauf aufmerksam machte, dass seine Aussagen in einer Gerichtsverhandlung gegen ihn verwendet werden könnten. Danach wurde er in die USA transportiert und vor einem Bundesgericht in Manhattan als Terrorist angeklagt. Seine US-Anwälte bemühten sich, seine (in den ersten Verhören gemachten) Aussagen mit der Begründung zu entkräften, sie seien unter Zwang erfolgt; der Angeklagte bekannte sich aber schuldig, bevor der Richter auf ihre Einwände eingehen konnte.

Aus einer von WikiLeaks veröffentlichten Diplomaten-Depesche geht hervor, dass sich die nigerianischen Behörden dagegen sträubten, Ahmed festzunehmen, und ihn erst auf Druck der USA vier Monate lang festhielten.

Robin Sanders, der damalige US-Botschafter in Nigeria, berichtet in dieser Geheim-Depe- sche, dass er im Februar 2010 hohe Repräsentanten Eritreas bei einem Treffen rügen musste, weil sie Ahmed nicht länger festhalten, sondern ihn mit einem internationalen Flug entkommen lassen wollten. Erst nachdem ein US-Gericht Anklage gegen ihn erhoben hatte, wurde er Agenten des FBI übergeben.

In den jüngsten Fällen von "Renditions" aus Dschibuti bestritten die Anwälte der Angeklagten die Zuständigkeit der US-Gerichte – mit dem Argument, es gebe keinerlei Beweise dafür, dass ihre Mandanten US-Amerikaner angegriffen oder US-Interessen gefährdet hätten.

"Ich stellte dem stellvertretenden US-Staatsanwalt die 64.000-Dollar-Frage (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/The_\\$64,000_Question](http://en.wikipedia.org/wiki/The_$64,000_Question)): Hat mein Mandant eine (US-)Botschaft in die Luft gesprengt?" erklärte Susan Kellman, die Ali Yasin Ahmed, einen der schwedischen Angeklagten, vertritt. "Natürlich nicht, und warum halten wir sie dann fest? Was sollen sie uns angetan haben?"

Das US-Außenministerium hat Al-Shabaab 2008 offiziell zur Terrororganisation und damit alle sie unterstützenden US-Amerikaner und Ausländer für vogelfrei erklärt. Vertreter der Obama-Administration geben allerdings zu, dass sich die meisten Al-Shabaab-Kämpfer nur am langjährigen Bürgerkrieg in Somalia beteiligen und nur ganz wenige als international agierende Terroristen einzuschätzen sind.

Savitt, der Rechtsanwalt Yusufs, gestand zu, dass sein Mandant für Al-Shabaab gegen die von den USA unterstützten Streitkräfte Somalias gekämpft hat. "Na und," meinte er, "das will ich überhaupt nicht bestreiten."

Für Savitt ist das aber kein legitimer Grund, Yusuf in den USA anzuklagen. "Was geht uns das an, warum sollten wir 10.000 Al-Shabaab-Kämpfer einsperren und vor US-Gerichte stellen," fragte er.

Schwedische und britische Behörden haben die Reisen der drei Männer nach Somalia seit Jahren überwacht, konnten aber keine Beweise sammeln, die für eine Anklage ausgereicht hätten.

"Diese Burschen sind den schwedischen Sicherheitsbehörden seit Jahren bekannt," erklärte ein schwedischer Sicherheitsbeamter, der anonym bleiben wollte.

In der Vergangenheit haben schwedische Geheimdienste bei "Renditions" schon wiederholt mit US-Behörden zusammengearbeitet und ihnen Informationen über Zielpersonen geliefert. Mark Vadasz, ein Sprecher der schwedischen Sicherheitspolizei, lehnte es ab, darüber Auskunft zu geben, ob das auch bei Yusuf und Ahmed der Fall war.

Schon bevor Hashi in Dschibuti verhaftet wurde, haben britische Behörden seiner Familie mitgeteilt, dass ihm unter Hinweis auf seine "extremistischen Aktivitäten" die britische Staatsbürgerschaft entzogen wurde – was als sehr ungewöhnliche Maßnahme anzusehen ist.

Hashi und seine Familie haben dieser Anschuldigung widersprochen. Schon 2009 hat Hashi eine offizielle Beschwerde gegen die Belästigung durch den MI5, den britischen Inlandsgeheimdienst (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Security_Service) eingelegt, weil dieser ihn unter Druck als Informanten anwerben wollte.

Ein Sprecher des britischen Innenministeriums, das Hashi die Staatsbürgerschaft aberkannt hat, lehnte es ab, diese Maßnahme zu kommentieren und sich zu einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den USA bei "Renditions" zu äußern.

Asim Qureshi, der geschäftsführende Direktor von CagePrisoners (s. <http://www.cageprisoners.com/>), einer britische Menschenrechtsorganisation, die sich für Hashi einsetzt, sagte, sein Fall biete nicht genug Anhaltspunkte für einen Prozess vor einem europäischen Gericht.

"Ein Zyniker würde sagen, dass es in den USA leichter als anderswo ist, einen Beschuldigten durch Vorlage fragwürdiger Beweise verurteilen zu lassen," meinte er. "Mit dem Vorwurf, jemand sei Al-Shabaab-Mitglied, käme man in Großbritannien nicht sehr weit. Ein Richter würde das Verfahren bereits einstellen, bevor es überhaupt eröffnet werden könnte."

(Wir haben den aufschlussreichen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Er lässt den Verdacht aufkommen, dass auch die Geheimdienste anderer europäischer Staaten an den völkerrechtswidrigen "Renditions" beteiligt sind. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.

STARS AND STRIPES.®

Rendition gets ongoing embrace from Obama administration

By Craig Whitlock, The Washington Post
Published: January 2, 2013

The three European men with Somali roots were arrested on a murky pretext in August as they passed through the small African country of Djibouti. But the reason soon became clear when they were visited in their jail cells by a succession of American interrogators.

U.S. agents accused the men — two of them Swedes, the other a longtime resident of Britain — of supporting al-Shabab, an Islamist militia in Somalia that Washington considers a terrorist group. Two months after their arrest, the prisoners were secretly indicted by a federal grand jury in New York, then clandestinely taken into custody by the FBI and flown to the United States to face trial.

The secret arrests and detentions came to light Dec. 21 when the suspects made a brief appearance in a Brooklyn courtroom.

The men are the latest example of how the Obama administration has embraced rendition — the practice of holding and interrogating terrorism suspects in other countries without due process — despite widespread condemnation of the tactic in the years after the Sept. 11, 2001, attacks.

Renditions are taking on renewed significance because the administration and Congress have not reached agreement on a consistent legal pathway for apprehending terrorism suspects overseas and bringing them to justice.

Congress has thwarted President Barack Obama's pledge to close the military prison at Guantanamo Bay, Cuba, and has created barriers against trying al-Qaida suspects in civilian courts, including new restrictions in a defense authorization bill passed last month. The White House, meanwhile, has resisted lawmakers' efforts to hold suspects in military custody and try them before military commissions.

The impasse and lack of detention options, critics say, have led to a de facto policy under which the administration finds it easier to kill terrorism suspects, a key reason for the surge of U.S. drone strikes in Pakistan, Yemen and Somalia. Renditions, though controversial and complex, represent one of the few alternatives.

"In a way, rendition has become even more important than before," said Clara Gutteridge, director of the London-based Equal Justice Forum, a human rights group that investigates national security cases and that opposes the practice.

Because of the secrecy involved, it is not known how many renditions have taken place during Obama's first term. But his administration has not disavowed the practice. In 2009, a White House task force on interrogation and detainee transfers recommended that the government be allowed to continue using renditions, but with greater oversight, so that suspects were not subject to harsh interrogation techniques, as some were during the George W. Bush administration.

The U.S. government has revealed little about the circumstances under which the three alleged al-Shabab supporters were arrested. Most court papers remain under seal.

In a statement, the FBI and federal prosecutors for the Eastern District of New York said the defendants were "apprehended in Africa by local authorities while on their way to Yemen" in early August. The statement did not spell out where they were detained or why.

The FBI made no mention of any U.S. involvement with the suspects until Oct. 18, when a federal grand jury handed up the sealed indictment. The FBI said its agents took custody of the men on Nov. 14, but the bureau did not specify where or from whom. A spokesman for federal prosecutors in the Eastern District of New York did not respond to a phone message and e-mail seeking comment.

Defense attorneys and others familiar with the case, however, said the men were arrested in Djibouti, a close ally of Washington. The tiny African country hosts a major U.S. military base, Camp Lemonnier, that serves as a combat hub for drone flights and counterterrorism operations. Djibouti also has a decade-long history of cooperating with the United States on renditions.

The Swedish Foreign Ministry confirmed that two of the men — Ali Yasin Ahmed, 23, and Mohamed Yusuf, 29 — are Swedish citizens and were detained in Djibouti in August.

Anders Jorle, a spokesman for the ministry in Stockholm, said Swedish diplomats were allowed to visit the men in Djibouti and New York to provide consular assistance.

"This does not mean that the Swedish government has taken any position on the issue of their guilt or innocence," Jorle said in a telephone interview. "That is a question for the U.S. judicial system."

Lawyers assigned to represent the defendants in federal court in Brooklyn said the men were interrogated for months in Djibouti even though no charges were pending against them — something that would be prohibited in the United States.

"The Djiboutians were only interested in them because the United States of America was interested in them," said Ephraim Savitt, an attorney for Yusuf. "I don't have to be Einstein to figure that out."

Harry Batchelder Jr., an attorney for the third suspect, Madhi Hashi, 23, concurred. "Let's just put it this way: They were sojourning in Djibouti, and all of a sudden, after they met their friendly FBI agents and CIA agents — who didn't identify themselves — my client found himself stateless and in a U.S. court," said Batchelder, whose client is a native of Somalia who grew up in Britain.

The sequence described by the lawyers matches a pattern from other rendition cases in which U.S. intelligence agents have secretly interrogated suspects for months without legal oversight before handing over the prisoners to the FBI for prosecution.

In December 2011, a federal court hearing for another al-Shabab suspect, an Eritrean citizen named Mohamed Ibrahim Ahmed, revealed that he had been questioned in a Nigerian jail by what a U.S. interrogator described as a "dirty" team of American agents who ignored the suspect's right to remain silent or have a lawyer, according to court proceedings.

Later, the Eritrean was interviewed by a "clean" team of U.S. agents who were careful to notify him of his Miranda rights and obtain confessions for trial. Once that task was completed, he was transported to U.S. federal court in Manhattan to face terrorism charges. His U.S. attorneys sought to toss out his statements on the grounds that they were illegally coerced, but the defendant pleaded guilty before a judge could rule on that question.

A diplomatic cable released by the anti-secrecy group WikiLeaks makes clear that Nigerian authorities were reluctant to detain Ahmed and held him for four months under pressure from U.S. officials.

Robin Sanders, the U.S. ambassador to Nigeria at the time, chided high-ranking officials there in a February 2010 meeting for nearly allowing Ahmed to depart on an international flight "because they did not want to hold him any longer," according to a classified cable summarizing the meeting. He was finally handed over to FBI agents, but only after he was indicted by a U.S. grand jury.

In the more recent Djibouti rendition, defense attorneys challenged the jurisdiction of the U.S. courts, saying there is no evidence that the defendants targeted or threatened Americans or U.S. interests.

"That is the \$64,000 question. I said to the assistant U.S. attorney, 'Did he blow up an embassy? No,' " said Susan Kellman, who represents Ali Yasin Ahmed, one of the Swedish defendants. "Why are we holding them? What did they do to insult us?"

The State Department officially categorized al-Shabab as a terrorist organization in 2008, making it illegal for Americans or non-citizens to support the group. Still, Obama administration officials acknowledge that most al-Shabab fighters are merely participants in Somalia's long-running civil war and that only a few are involved in international terrorism.

Savitt, the attorney for Yusuf, acknowledged that his client fought on behalf of al-Shabab against Somali forces backed by the United States. "Oh, yeah," he said. "I'm not going to deny that allegation, put it that way."

But Savitt said that was not a legitimate reason to prosecute Yusuf in the United States.

"The last thing in the world we really need to do is apprehend and lock up 10,000 al-Shabab fighters or bring them into the court system," he said.

Authorities in Sweden and Britain had monitored the three men for years as they traveled back and forth to Somalia, but neither country assembled enough evidence to press criminal charges.

"These guys are well known to Swedish security forces," said a Swedish official, who spoke on the condition of anonymity to discuss intelligence matters.

Sweden's security agencies have cooperated in the past with U.S. officials on rendition cases by sharing intelligence about targets. Mark Vadasz, a spokesman for the Swedish Security Police Service, declined to comment on whether the agency played a role in the cases involving Yusuf and Ahmed.

Last summer, before he was detained in Djibouti, British authorities notified Hashi's family that they were taking the unusual step of stripping him of his citizenship, citing his "extremist" activities.

Hashi and his family have denied the allegation. In 2009, Hashi filed an official complaint of harassment against MI5, Britain's domestic intelligence agency, saying agents had pressured him to become an informant.

A spokesman for Britain's Home Office, which issued the citizenship order, declined to comment or to say whether British officials cooperated with the United States on the rendition.

Asim Qureshi, executive director of CagePrisoners, a British human rights group that has advocated on behalf of Hashi, said the case was too weak to pass muster in a European court.

"A cynic would say it's easier to get a conviction under spurious evidence in the United States than anywhere else," he said. "Just alleging somebody is a member of al-Shabab won't get you very far in the U.K. A judge would just throw out the case before it even gets started."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern